

II. Armut und soziale Spaltung überwinden

Wofür arbeiten wir eigentlich? Für einen guten Lohn? Um das zu produzieren, was wir Menschen zum Leben brauchen, um Menschen zu helfen, sie zu bilden, zu pflegen oder auch zu unterhalten? Wir wollen uns mit Arbeit ein sorgenfreies Leben finanzieren. Wir wollen das tun, was wir gut können in einem guten Klima ohne Angst. Wir wollen dazu lernen, die Gesellschaft zusammen halten und gemeinsam Probleme lösen.

Tatsächlich nutzt unsere Arbeit aber immer mehr den wachsenden Profiten der wenigen Menschen, denen die Unternehmen gehören. 124 der 500 reichsten Deutschen wohnen bei uns in NRW. Sie besaßen 2015 ein geschätztes Privatvermögen von über 145 Milliarden. Bei so viel Reichtum sehen wir nicht ein, dass immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben müssen.

Es gibt ganze Stadtteile in NRW, in denen über die Hälfte der Kinder in Hartz IV aufwachsen müssen. Das ist gesetzlich verordnete Armut. Uns lässt das keine Ruhe. Wir wollen und wir müssen an diesen Zuständen etwas ändern.

Wir finden gut, dass in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen wird, was man gegen die wachsende Armut unternehmen kann. Es gibt dazu viele Vorschläge. Auch die Frage der fehlenden Arbeitsplätze ist ein großes Thema geworden.

Wir haben uns mit Fachleuten aus den Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammengesetzt ein Konzept erarbeitet. In unserem Programm zur Landtagswahl stellen wir eine Reihe sehr konkreter Maßnahmen vor, mit denen man gute Arbeitsplätze schaffen und die Menschen aus der Armut herausholen kann. Die Politik muss nur wollen, dann kann sie die Lebensbedingungen der Menschen sehr schnell deutlich verbessern.

Noch wichtiger als klare Ziele und praktische Verbesserungsvorschläge ist es für uns, mit den Menschen gemeinsam aktiv zu sein. Deshalb sind wir mit dabei, wenn sich die Mieterinitiative gegen Zwangsräumungen wehrt und wenn die Erzieher*innen für ein besseres Gehalt auf die Straße gehen. Auch wenn die Verkäufer*innen und ihre Gewerkschaft ein familienfreundlicheres Ladenschlussgesetz vom Landtag fordern, unterstützen wir sie dabei.

Wir finden, Politik braucht eine ehrliche Haltung, klare Ziele, konkrete Schritte und vor allem den direkten Bezug zu den Menschen, um die es geht.

1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte, feste Stellen schaffen

Menschen wollen selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben. Dazu gehören Arbeitsplätze, die ein sicheres und gutes Leben ermöglichen. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen wie das Leben mit Kindern, Teilhabe an politischen Entscheidungen, etc. Hierfür fehlen uns in NRW mindestens die 500.000 tariflich bezahlten unbefristeten Arbeitsplätze, die der DGB in seinem Memorandum 2020 fordert. Rund 250.000 Arbeitsplätze in der Industrie sind seit dem Jahr 2000 weggefallen. Zugleich fehlen zehntausende Beschäftigte in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Jugendzentren...

Die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Freizeit hat eine immer größere Bedeutung bekommen. Im Unterschied zu früher wollen und müssen Frauen ein eigenes Einkommen haben. Was für die meisten Mütter schwer zu erreichen ist, ist für viele Alleinerziehende nahezu unmöglich: Gleichzeitig Kinder und eine existenzsichernde Arbeit zu haben. Wir wollen das ändern, damit Familien endlich nicht mehr zu kurz kommen.

Die anhaltend hohe Zahl an Erwerbslosen und Aufstocker*innen führt bei vielen Menschen zu Existenzangst. Wo Beschäftigte sich mit Betriebsräten organisieren wollen, gibt es durch die Arbeitgeber*innen vielfach Behinderungen oder Anfeindungen bis hin zu Kündigungen. Auch vor dem öffentlichen Dienst hat dieses Klima der Lohndrückerei durch Angst und Stress nicht Halt gemacht. Unter

solchen schlechten Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Qualität der Arbeit.

Was tun?

- *Unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten schaffen*
- *Löhne durchsetzen, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann*
- *Nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankern*
- *Soziale Sicherheit und Freiheit von Diskriminierung für die Beschäftigten schaffen*

Während die einen höchstens einen schlecht bezahlten Minijob ergattern können, arbeiten Vollzeitbeschäftigte tatsächlich meist mindestens 40 Stunden in der Woche. Plus Überstunden und Fahrtzeit bleibt für das eigene Leben, für Kinder, Sport, Kultur und Freizeit vom Tag nur wenig übrig. Wir müssen die Arbeit neu verteilen. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Die ersten Schritte dahin können sofort beginnen.

Mindestlohngesetz NRW statt Lohndumping und 1 Euro-Jobs

Zahlreiche Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben eigene Mindestlohngesetze eingeführt. Die Gesetze gelten für alle Landesbeschäftigten, alle öffentlichen Aufträge und alle Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Gerade NRW als Land mit vielen Niedriglohnbeschäftigten braucht ein solches Signal für eine deutlich höhere Lohnuntergrenze.

Was tun?

- *Ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro beschließen*
- *Mindestlohngrenze jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung anpassen*

Wer Hartz IV bezieht, wird häufig von den Jobcentern gezwungen, 1 Euro-Jobs anzunehmen. Diese sind menschenverachtend, weil sie die betroffenen Menschen zwingen, für Hungerlöhne und ohne arbeitsrechtliche Standards wie Kündigungsschutz, Urlaub, etc. zu arbeiten. Von 1 Euro-Jobs profitieren allein die Maßnahmenträger, bzw. Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE seit langer Zeit die Abschaffung von 1 Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch sozialversicherte und tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Was tun?

- *Ausbeutung durch 1 Euro-Jobs in NRW beenden*
- *Nur sozialversicherte Tarifarbeitsplätze bei Land, Kommunen und öffentlichen Aufträgen zulassen*

Tarifverträge statt Werkverträge

Sichere Arbeitsverträge und die Einhaltung von Tarifverträgen schützen vor Lohndumping. Sie stärken den Beschäftigten den Rücken, damit sie gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen können.

Immer mehr Unternehmen drücken sich durch Tariffucht um eine angemessene Behandlung der Belegschaften. Landtag und Landesregierung müssen die Möglichkeiten des Tarifvertragsgesetzes besser ausschöpfen, um Tariflöhne und tariflich geschützte Arbeitsbedingungen in NRW zu stärken.

Was tun?

- *Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich stoppen*
- *Tariffucht aufhalten und Tarifverträge zum Standard machen. Unter anderem durch einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen*

Feste Stellen statt Leiharbeit und Minijobs

Gut 190.000 Menschen in NRW arbeiten in Leiharbeitsunternehmen. Für sie heißt das meist: Niedrigere Löhne, schlechtere Berufsperspektive und nur selten Übernahme in feste Jobs. Das mittlere Einkommen von Beschäftigten in der Leiharbeit liegt bei nur 57 % des mittleren Einkommens aller Beschäftigten. Die Stammbeschaftungen werden immer weiter reduziert und durch wechselnde Leiharbeiter*innen ersetzt.

Was tun?

- *Lohndumping durch Leiharbeit beenden: Gleicher Lohn plus Flexibilitätszuschlag*
- *Aus- und Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen*
- *Volle Sozialversicherungspflicht von der ersten Arbeitsstunde an gewährleisten*
- *Statt Minijobs sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse schaffen*
- *Bildung von Initiativen auf Landesebene, um Leiharbeit auf Bundesebene per Gesetz zu Gunsten regulärer Beschäftigung verbieten*

Schluss mit dem Missbrauch von Befristungen

Befristete Verträge für ein oder wenige Jahre sind bei Neueinstellungen fast zur Regel geworden. Im öffentlichen Dienst sind sie vor allem an Hochschulen, im Ganztags an Schulen und in Kitas ein häufiges Problem. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, deren Leben dadurch nicht planbar ist und die in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz leben. Auch die Qualität der Arbeit wäre ohne diesen Druck und ständige Wechsel auf den Stellen besser.

Was tun?

- *Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen*
- *Kettenbefristungen wirksam unterbinden*
- *Hohe Anforderungen für Befristungen mit Sachgrund stellen*

Tariftreue- und Vergabegesetz verbessern

Das Land NRW kann nicht nur als Arbeitgeber von Lehrer*innen oder Polizist*innen, sondern auch bei der Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen einen Einfluss auf bessere Arbeitsbedingungen nehmen. Dazu hat der Landtag 2011 auf Drängen von LINKEN und Gewerkschaften ein Tariftreuegesetz beschlossen.

Es steht unter ständigem Beschuss von CDU und FDP, die an ihrer Politik der niedrigen Löhne und der wachsenden Armut festhalten und deshalb die Einhaltung von Tarifverträgen entgegen der Realität als bürokratische Zumutung für Arbeitgeber*innen darstellen.

Auch SPD und Grüne stellen unter dem Einfluss von Konzernlobbyisten und Handwerkskammern die Lohnuntergrenze von 8,85 Euro für NRW in Frage.

Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Tariftreuegesetz verbessern und im Landtag von NRW einbringen.

Was tun?

- *Tariftreue bindend bei Aufträgen einhalten*
- *Repräsentativen Tarifvertrag bei der Vergabe von Buslinien anwenden*
- *Tariftreue bei Vergabe durch Wirtschaftsministerium und Kommunen überprüfen*
- *Ausbildende Unternehmen fördern*
- *Beschäftigte mit Behinderung fördern*

Mit einer Vorschlagsliste für häufig benötigte Produkte soll das Land den Kommunen außerdem einfacher machen, nur Produkte einzukaufen, die nicht aus Kinder- und Sklavenarbeit stammen und Equal Pay, Koalitionsfreiheit und weitere soziale und ökologische Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen.

Mehr Respekt und mehr Gehalt: Frauenerwerbsarbeit aufwerten

Frauen wollen und müssen heute erwerbstätig sein, um die eigene Existenz zu sichern. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie aber noch immer vielfach benachteiligt. Vor allem werden Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, systematisch schlechter bezahlt.

In Minijobs oder Teilzeit dient die Arbeit der meisten Frauen bis heute nur der Ergänzung des Familieneinkommens. Selbst Vollzeitstellen reichen in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen nicht zur eigenen Absicherung. Mit nur 47 % Frauen, die erwerbstätig sind, ist NRW auch hier Schlusslicht.

Gerade in den überwiegend von Frauen besetzten Berufen fehlen massenhaft Stellen und Ausbildungsplätze. Das sind die sozialen Dienstleistungen, die Erziehungs- und Pflegeberufe sowie Verkäufer*innen. Wir wollen neue Stellen schaffen und diese besser bezahlen.

Was tun?

- *Aufwertung und gerechte Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe*
- *Ausbildungs- und Stellenoffensive für Frauen*
- *Arbeit umverteilen, Vollzeit verkürzen und längere Teilzeit anbieten*
- *Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Gesundheit und Pflege verbessern*
- *Entgelttransparenzgesetz für alle*

Arbeit umverteilen: Kürzere Vollzeit und neue Stellen schaffen

Bund, Länder und Kommunen sind seit Jahren die härtesten Gegner der Beschäftigten, wenn es um Arbeitszeiten und um Arbeitsverdichtung geht. Immer mehr Aufgaben sollen von immer weniger Beschäftigten immer schneller bewältigt werden. Stellen bleiben unbesetzt oder werden ganz gestrichen.

Behörden werden immer bürger*innenunfreundlicher, Bibliotheken und Jugendzentren werden geschlossen. Familien mit Problemen fehlen Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen müssen auf Teilzeitstellen ganze Kita-Gruppen betreuen, und Lehrer*innen sollen 30 verschiedene Jugendliche gleichzeitig individuell fördern.

In den letzten Jahren sind den Beschäftigten immer längere Arbeitszeiten und immer mehr Aufgaben zugemutet worden. Bei den Beamt*innen schreibt das Land NRW in der Arbeitszeitverordnung sogar eine Wochenarbeitszeit vor, die mit 41 Stunden deutlich höher als bei den Tarifangestellten ist. Während Angestellte des Bundes und der Kommunen tariflich 38,5 Wochenstunden leisten müssen, hat die schwarz-gelbe Regierung 2006 für die Angestellten des Landes 39,5 Wochenstunden durchgesetzt.

Diesem Trend wollen wir uns entgegenstellen, mit Perspektive auf die 30-Stunden Woche.

Was tun?

- *Schrittweise Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Stellenausgleich*
- *Offensive für Umverteilung der Arbeit hin zur 30-Stunden-Woche starten*
- *Wenn ein Feiertag auf den Sonntag fällt, den Montag arbeitsfrei stellen*
- *Arbeitszeit der Beamt*innen von jetzt 41 Stunden deutlich senken und dafür neue Stellen schaffen*
- *Mehr Stellen entsprechend dem realen Bedarf in Bildung, Sozialem und Gesundheit*
- *Qualifizierungs- und Vollzeitangebote für die unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten*

Ladenöffnungszeiten reduzieren

In NRW dürfen Geschäfte in der Woche rund um die Uhr öffnen, an Samstagen bis 22 Uhr. Der Lebensmitteleinzelhandel öffnet oft von 7 bis 22 Uhr, teilweise bis 24 Uhr. Die längeren Öffnungszeiten werden insbesondere von großen Handelsketten und Konzernen und in den Zentren genutzt. Klein- und Mittelbetriebe in kleineren Orten und den Stadtteilen der Großstädte geraten so unter Druck. Die

Grundversorgung in Wohnungsnähe als wichtige Bedingung unter anderem für eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist immer weniger vorhanden.

Unternehmen, die von den längeren Öffnungszeiten Gebrauch machen, verstoßen häufig gegen Arbeitszeitbestimmungen tariflichen Mindeststandards.

Die längere Ladenöffnung hat eine Zunahme von prekären Jobs und einen Rückgang regulärer Beschäftigung gebracht. Nur noch 38 % der Einzelhandelsbeschäftigten arbeiten in Vollzeit.

Die heutigen Arbeitszeiten im Handel sind familienfeindlich und schließen die Beschäftigten oft vom sozialen und kulturellen Leben aus. Deshalb unterstützen wir die breite soziale Kampagne für den arbeitsfreien Sonntag und die Gewerkschaft ver.di bei ihren Forderungen für ein sozialeres Ladenschlussgesetz in NRW.

Was tun?

- *Deutlich kürzere Öffnungszeiten im Ladenschlussgesetz festschreiben*
- *Geschlossene Läden und freie Zeit an Sonn- und Feiertagen*
- *Kontrolle des Ladenöffnungsgesetzes verstärken*

Mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Ohne Betriebsräte endet die Demokratie am Werkstor. Ihre wichtige Arbeit für die Interessen der Beschäftigten muss von der Landesregierung gefördert und vor der Missachtung ihrer Rechte im Unternehmen geschützt werden.

Einige Unternehmen setzen Betriebsräte, Gewerkschaften und Beschäftigte mit Hilfe spezialisierter Anwaltskanzleien durch einen juristischen Kleinkrieg unter Druck. Für solche „Union Busting“-Praktiken gibt es viele Beispiele in NRW. Etwa von Seiten der Fastfood-Kette Burger King oder des Textildiscounters KiK. DIE LINKE NRW steht bei solchen Konflikten immer an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Was tun?

- *Schwerpunktstaatsanwaltschaft NRW zur Verfolgung der Behinderung von Betriebsratsgründung und –arbeit schaffen*
- *Druck auf antidemokratische Unternehmen durch die Landesregierung*

Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) erweitern

Unter CDU und FDP wurden vor 2010 die Mitbestimmungsrechte der Personalräte im öffentlichen Dienst massiv verschlechtert. 2011 wurde das LPVG auf Betreiben der Gewerkschaften mit Hilfe der LINKEN im Landtag wiederhergestellt und verbessert. 2017 muss es verlängert werden. Wir wollen die Mitbestimmung für die Beschäftigten erweitern. Bisher haben die Arbeitgeber noch die Letztentscheidung in Konfliktfällen. Wir wollen stattdessen die Einigung auf Augenhöhe erreichen.

Was tun?

- *Mitbestimmung bei Abmahnungen und Kündigungen einführen*
- *Keine Spaltung mehr in Beamt*innen und Arbeitnehmer*innen zulassen*
- *Zusammenarbeit der Personalvertretungen bei kommunalen Kooperationen fördern*
- *Verbindliche Entscheidung der Einigungsstelle im Konfliktfall festschreiben*

In Kommunen soll die Bildung von Konzernbeschäftigtenvertretungen ermöglicht werden. So können die Personalräte der öffentlichen Verwaltungen mit den Betriebsräten der privatrechtlich organisierten Bereiche (z.B. Stadttöchter als GmbH) miteinander verschränkt werden. Das leisten die bisherigen Konzernbetriebsräte nicht, weil sie nur den privatrechtlich organisierten Bereich erfassen. So könnten die

Interessen der Beschäftigten im Gesamtkonzern Stadt wirksamer verteidigt werden, wenn etwa Personalabbau oder Privatisierung auf der Tagesordnung stehen:

Was tun?

- *Gemeinsame Vertretung aller Beschäftigten bei den Kommunen*
- *Bundratsinitiative zur Zusammenfassung von Vertretungen im Betriebsverfassungsgesetz*
- *Mehr Mitbestimmungsrechte bei Eigenbetrieben und Anstalten öffentlichen Rechts*

Alle diese Forderungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen diskutieren und im Landtag durchsetzen.

Ausbildung und Beschäftigung statt Massenarbeitslosigkeit und Verelendung

In NRW, besonders im Ruhrgebiet, sind seit Jahrzehnten Arbeitsplätze in großem Stil vernichtet worden. Die verantwortlichen Konzerne sind unter anderem Thyssen-Krupp, Mannesmann, Opel und die Ruhrkohle AG. Sie haben über viele Jahrzehnte mit der Arbeit der Menschen hier Profite gemacht und lassen mit dem Strukturwandel ihre Industrieruinen zurück.

Der Anteil der Erwerbslosen und der prekär Beschäftigten liegt in NRW deutlich über dem Bundesschnitt. Die betroffenen Menschen brauchen dringend eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

Bis heute sehen die Regierungsparteien in Bund und Land, SPD, CDU, FDP und Grüne dabei zu, wie die größte Industrieregion Europas nach und nach verarmt.

Das wollen wir beenden. Mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche Beschäftigung soll das Land die kaputten Städte, Schulen, Krankenhäuser und Straßen reparieren und modernisieren. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sichern die Zukunftsfähigkeit.

Der Bedarf an Stellen in den Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern und in der Pflege muss ohnehin dringend gedeckt werden. Die Politik in NRW soll sich endlich darum kümmern, dass die Menschen hier Ausbildung und sichere Arbeitsplätze erhalten.

Langzeiterwerbslose dürfen nicht länger dauerhaft von der Gesellschaft abgehängt und mit dem Hartz IV-System ausgegrenzt werden. Doch in NRW sind nach aktuellen Zahlen des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB 324.000 Menschen davon betroffen, und der Anteil der vom Arbeitsmarkt völlig Ausgeschlossenen stieg in NRW allein in den Jahren von 2012 bis 2014 um 25 %.

Doch die Landesregierung schaut dieser Entwicklung hilflos zu, und die Bundesregierung kürzt sogar noch die Mittel für die Arbeitsmarktförderung. Sanktionsbewehrte Ein-Euro-Jobs haben nur zur weiteren Verdrängung regulärer Beschäftigung geführt, schlecht bezahlte Kurzezeitjobs bei Leiharbeitsfirmen wirken als Drehtüren zurück in das Hartz IV- System.

Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht länger mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Ihre Perspektiven auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Erwerbsarbeit dürfen nicht länger der Schwarzen Null geopfert werden.

DIE LINKE fordert deshalb, auch in NRW mit dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms zu beginnen.

Dieses öffentliche Beschäftigungsprogramm führt die steuerlichen Mittel aus ALG II, KdU und öffentliche Zuschüsse, so dass mit ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finanziert werden kann.

Bei dem Beschäftigungsprogramm sollen alle bevorzugt werden, die länger als ein Jahr erwerbslos sind. Diskriminierende Auswahlverfahren über weitere Voraussetzungen wie sogenannte Vermittlungshemmnisse finden nicht statt.

Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für gute Beschäftigung.

Der DGB hat für NRW einen sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher Entlohnung gefordert. Die Landesregierung hat dazu in einigen Modellprojekten erste Erfahrungen gesammelt. Diese Modellprojekte entsprechen allerdings noch nicht unseren Vorstellungen. Unser Programm muss ausreichend finanziert und landesweit in die Praxis umgesetzt werden.

Um festzulegen, welche geförderte Beschäftigung vor Ort sinnvoll ist, ohne bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Aufgaben zu ersetzen und zu verdrängen, fordert DIE LINKE Runde Tische unter Beteiligung der Betroffenen und der kommunalen Akteure um öffentliche Bedarfe festzustellen.

In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen.

Wirtschaftspolitisch braucht das Land eine Politik, die industrielle Arbeitsplätze im Strukturwandel sichert und neue Potentiale erschließt. Wärmedämmung und umweltfreundliche Sanierung, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Energieeffizienz-, Recycling und andere umweltfreundliche Technologien erforschen und produzieren stehen auf der To-Do-Liste für neue sinnvolle und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur der Sozialpolitik machen

Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Niemand soll Angst haben, wie er über den Monat kommt oder ob er am nächsten Tag etwas zu Essen hat. Niemand soll mehr im Winter frieren, weil er die Heizkosten nicht bezahlen kann. Keine Familie soll künftig ohne Strom sein, weil der vom Energieversorger abgestellt wurde. Und wenn es nach uns geht, wird auch keine Rentnerin mehr aus ihrer Wohnung geworfen, weil ihre Armutsrente nicht mehr für die gestiegene Miete reicht.

Dabei geht es uns um nicht weniger als das Versprechen im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Hartz IV: Die gesetzlich verordnete Armut überwinden

2016 sind es in NRW etwa 1,6 Millionen Menschen, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Doch zum Leben reicht der Regelsatz von 404 Euro nicht. Man kann davon gerade eben überleben.

Im Hartz-Bezug hat man keine Wahl, wo und wie man lebt. Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nicht einmal für eine Schichtwohnung im billigsten Stadtviertel. Betroffene müssen den fehlenden Mietbetrag aus dem Regelsatz bezahlen. Der viel zu geringe Kostenanteil für Energie führt zu massenhafter Überschuldung bis hin zu Strom- und Gassperren. Kein Kino, kein Ausflug, kein neues Spielzeug. Schlimmstenfalls steht man im Winter ohne Strom und Heizung da.

Wer nicht bereit oder in der Lage ist, jede schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, wird mit Sanktionen abgestraft. Dann gibt es noch weniger Geld. Erniedrigungen, pauschale Verdächtigungen und Schikanen sind trauriger Alltag.

Für uns ist klar: Hartz IV muss einem System ohne Schikanen und Sanktionen weichen. Wir wollen eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen, die mindestens 1050 Euro in der Summe von Wohn- und Lebenshaltungskosten beträgt.

Um einen direkten Beitrag zur Linderung der Armut im Land zu leisten, soll NRW über den Bundesrat für Verbesserungen sorgen.

Was tun?

- *Erhöhung der Regelsätze auf 560 Euro sofort*
- *Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen*
- *Keine Anrechnung des Kindergelds mehr auf die Leistungen*
- *Verbot von Energiesperren und Zwangsumzügen.*
- *Kosten der Unterkunft sind den tatsächlichen Bedingungen vor Ort anzupassen*

Zwangsumzüge verhindern durch Mietuntergrenzen

Auch wenn die Wohnkosten grundsätzlich von den Kommunen festgesetzt werden, kann das Land Mietuntergrenzen beschließen. So kann es die Kommunen daran hindern, Mietobergrenzen festzulegen, die unterhalb der Mittelwerte der örtlichen Mietspiegel liegen. Die Verschuldung von zigtausenden Hartz IV-Bezieher*innen könnte so verhindert werden. Bislang setzten CDU, FDP, SPD und Grüne in den Landesregierungen auf Verschärfungen statt Verbesserungen. Für DIE LINKE steht dagegen die Beseitigung von Armut ganz oben auf der Liste.

Schluss mit Energiesperren!

Immer mehr Haushalten werden Strom und Gas abgesperrt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Rechnungen zu bezahlen. Wir halten diese Praxis für unzumutbar, weil eine Wohnung ohne Strom oder Gas heutzutage keine menschenwürdige Existenz mehr bietet. Energiesperren verstoßen gegen existenzielle Grundrechte. Dazu wollen wir im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen.

Was tun?

- *Verhinderung von Energiesperren*
- *Ein kostenloses Grundkontingent an Energie zur Verfügung stellen*

Sanktionen verstoßen gegen Menschenrechte

Die Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher*innen nehmen in zahlreichen Kommunen NRWs beständig zu. Jobcenter greifen zumeist zu diesem Zwangsmittel, um erwerbslose Menschen zu bestrafen, wenn sie einen Termin versäumt haben oder sich 1 Euro-Jobs und anderen Maßnahmen verweigern.

Das zu wenige Geld noch weiter zu kürzen, bringt die Betroffenen in akute Notsituationen und verstößt gegen die Menschenrechte. Wir wollen, dass bis zur Änderung der Gesetze auf Bundesebene die Leistungskürzungen im Land ausgesetzt werden (Sanktionsmoratorium).

Was tun?

- *Ein Sanktionsmoratorium für NRW umsetzen*
- *Die Kommunen sollen sich bei den Jobcentern gegen die Sanktionen einsetzen*
- *Landesweit unabhängige Schiedsstellen für alle Sozialleistungen einrichten*

Offener Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung

Die wachsende Armut in NRW führt dazu, dass sich immer mehr private Haushalte verschulden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern steigt die Verschuldung in NRW überproportional. Besonders Jüngere, aber auch ältere Menschen sind von einer erhöhten Verschuldung betroffen. Nicht alle Personen, die in einer schuldenbedingten Notlage sind, haben einen offenen Zugang zur Schuldnerberatung.

Was tun?

- *Unabhängige, flächendeckende und kostenfreie Verbraucher- und Schuldnerberatung mit ausreichend Personal sicherstellen*
- *Mehr öffentliche Mittel für Schuldnerberatungsstellen bereitstellen*
- *Präventionsmaßnahmen für jüngere Menschen hinreichend finanzieren*

- *Schuldner- und Budgetberatung für ältere Menschen einrichten*
- *Kommerzielle Schuldnerberatung verbieten*

Sofortmaßnahmen gegen die wachsende Armut

NRW ist das Bundesland, in dem in den letzten 10 Jahren die Armut am stärksten stieg: Von 14 % auf 18 % seit 2006. Im Ruhrgebiet sind bereits zwischen 20 und 25 % betroffen. Besonders betroffen sind Migrant*innen mit 33 %, Alleinerziehende mit 42 % und Erwerbslose mit 58 %. Frauen sind aufgrund niedrigerer Löhne und weniger Erwerbsjahren weit häufiger arm als Männer. Während die Armutsquote bundesweit zuletzt leicht gesunken ist, steigt sie gegen den Trend in NRW weiter an.

Wir wollen nicht länger darüber reden, sondern die Armut wirksam aufhalten. Den Betroffenen muss schnell geholfen werden:

Was tun?

- *Mehr Geld: Aus NRW im Bund für höhere Sozialleistungen und Renten sorgen*
- *Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer Schule für Alle im gebundenen Ganztage*
- *Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit*
- *Mehr Arbeit: Sofortprogramm für ein soziales öffentlich getragenes Beschäftigungsprogramm mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen und Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose“*

Reichtum gerecht besteuern, um Armut zu überwinden

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. In NRW ist neben der Armut auch das Vermögen der Superreichen gestiegen. 124 der 500 reichsten Deutschen leben in NRW. Zusammen besaßen sie 2015 ein geschätztes Vermögen von 145,1 Milliarden Euro, und jeder einzelne ein Anlagevermögen von mindestens 250 Millionen Euro. Seit Jahren fordern Sozialverbände und Gewerkschaften, dass große Vermögen gerecht besteuert werden müssen. Aus NRW wollen wir Druck auf die Bundesebene machen, damit das endlich geschieht.

Gerecht umsteuern heißt vor allem, eine höhere Besteuerung der Einkommen oberhalb der Millionengrenze und großer Erbschaften, eine Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, der Geringverdiener, die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. NRW und seine Kommunen würden von den Steuereinnahmen sofort profitieren. Wir könnten sowohl die persönliche Armut beseitigen, als auch die kommunalen Haushalte entschulden und sie für ihre sozialen Aufgaben wieder handlungsfähig machen.

Was tun?

- *Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerreform*
- *Landesweiter Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15 Euro*

3. Gemeinsam für ein gutes Leben – Solidarität mit den Geflüchteten

„Wir schaffen das“, dieser Satz von Angela Merkel hat die Debatte um die Flüchtlingsfrage polarisiert. Die LINKE ist der Meinung, dass es tatsächlich machbar wäre, eine Million Geflüchtete oder noch mehr Menschen zu versorgen und ihnen eine Perspektive zu bieten – ohne dass sich die sozialen Verhältnisse für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung verschlechtern würden.

Die Bundesregierung hat ihrem „Wir schaffen das“ allerdings keine entsprechenden Taten folgen lassen. Angesichts der Zuwanderung hätten die öffentliche Investitionen ausgeweitet werden müssen. Es hätten Programme zum Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas, zur Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen in Gang gesetzt werden müssen.

Die öffentliche Infrastruktur ist seit Jahrzehnten unterfinanziert, die Kommunen gerade in NRW sind in die Pleite gespart worden. In vielen Städten fehlten schon Tausende Wohnungen, bevor die Zahl der Geflüchteten anstieg.

Statt über „Obergrenzen“ für Flüchtlinge zu diskutieren, muss über Obergrenzen für den Reichtum geredet werden. Eine Umverteilung von den Besitzenden und Konzernen zu den Kommunen wäre nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern.

Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Politik der knappen Kassen fort. In der Folge wohnen Zehntausende Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Turnhallen und anderen Provisorien. Schulen und Vereine können die Hallen nicht nutzen. Es wurden nur wenige neue Arbeitsplätze geschaffen. Um Härte gegenüber Flüchtlingen zu demonstrieren, wurde auch anerkannten Flüchtlingen das Recht auf freie Wahl des Wohnortes aberkannt – mit der Folge, dass diese in Regionen geschickt werden, in denen es sehr wenige Arbeitsplätze gibt.

Diese Politik der CDU-CSU-SPD-Regierung auf Bundesebene und der Regierung Kraft in NRW hat Ängste geschürt. Wer die Lebensbedingungen für die Geflüchteten verschlechtert und öffentliche Investitionen einfriert, der rollt für die Rechtspopulisten den Teppich aus.

Noch immer ist die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Geflüchteten groß. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der Willkommens-Initiativen und privaten Helfer*innen wäre die Lage weit problematischer. Sie haben teilweise Arbeiten geleistet, die eigentlich von Bund, Ländern und Kommunen hätten übernommen werden müssen.

Die LINKE bedankt sich bei diesen Helfer*innen und beteiligt sich an ihren Aktivitäten. Die LINKE setzt sich für eine Kurswende ein: Wir lehnen die schon beschlossenen und alle weiteren Einschränkungen des Asylrechts und die Beschneidung der Rechte von Flüchtlingen ab.

Wir wenden uns gegen die leere Rhetorik der etablierten Parteien, die behaupten „Wir schaffen das“, aber sich weigern, die notwendigen öffentlichen Investitionen bereitzustellen, um die soziale Infrastruktur fit zu machen. Die Zuwanderung von einer Million Menschen oder mehr würde keine Probleme verursachen, wenn endlich umfassend öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Bildung, Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen würden. Wir setzen uns für ein dementsprechendes Investitionsprogramm des Landes NRW ein.

Die LINKE will das „Lager der Solidarität“ stärken. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel. Nur eine „Revolution der Gerechtigkeit“ kann verhindern, dass Millionen Menschen im Alter in Armut leben und Millionen Kinder in Armut aufwachsen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft bewegt. Sie steht an einem Scheideweg: Zwischen rechter Hetze und neoliberaler Konkurrenz auf der einen Seite, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite.

Was tun?

- *Klare „Willkommens“-Position gegenüber den Zufluchtsuchenden – gegen „Obergrenzen“ und Asylrechts-Verschärfungen.*
- *Stopp sämtlicher Abschiebungen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik geschafft haben.*
- *Das Asylrecht muss vollständig wieder hergestellt werden*
- *Keine schmutzigen Deals wie mit dem Erdoğan-Regime zur Abschottung Europas.*
- *Keine Kürzungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung, weg mit der „Schwarzen Null“, der Schuldenbremse und dem als „Stärkungspakt“ schön geredeten Kürzungs-Diktat.*

- *Eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Integration der Zufluchtsuchenden durch den Bund finanziert durch höhere Steuern auf Reichtum und Gewinne der Banken und Konzerne.*
- *Keine Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen, Zeltdörfern, Leichtbauhallen und anderen Notunterkünften, gutes Wohnen auch für Flüchtlinge.*
- *Erhalt bzw. Wiederherstellung des Rechts auf freie Wahl des Wohnortes*
- *Eine konsequente Friedenspolitik, den Stopp sämtlicher Waffenexporte und einer gerechtere Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht.*

4. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

- Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnschienen und Medikamente kosten richtig viel Geld. Schon an den Zähnen der Kinder kann man sehen, ob sie aus einer Familie mit gutem Einkommen stammen oder in Armut leben müssen. Die SPD hat versprochen, keine Zwei-Klassen-Medizin zuzulassen. Tatsächlich ist die Drei-Klassen-Medizin Wirklichkeit. Komfortable Privatversicherungen und Kliniken für die Reichen und eine Grundversorgung für die Normalverdienerin. Die dritte Klasse wird oft übersehen. Das sind die Armen, die nicht mehr zur Ärztin gehen, weil sie sonst den Minijob verlieren, die nicht zur Vorsorge gehen und sich krank sein gar nicht leisten können. 200.000 Menschen in NRW sind sogar ohne Krankenversicherung. Hinzukommen all diejenigen, die sich ohne Papiere hier aufhalten. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene haben zu einer Verlagerung der Kosten auf Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung und Vernichtung der im Konkurrenzkampf unterlegenen Einrichtungen. Diesen Kreislauf wollen wir mit einer besseren Gesundheitsversorgung nah am Menschen durchbrechen. NRW soll sich im Bundesrat stark machen für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik.

Was tun?

- *Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete zahlen in diese Krankenversicherung entsprechend ihres Einkommens Beiträge!*
- *Alle Selbst- und Zuzahlungen wie z.B. für Brillen, Medikamente, Zahngesundheit, Krankenhaus- und Reha-Aufenthalte wieder abschaffen!*
- *Die defizitäre finanzielle sowie personelle Ausstattung der Gesundheitsämter beenden und kommunale Angebote erweitern.*

Das Gesundheitswesen in NRW demokratisch und transparent machen

Für NRW wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen. Das Land NRW sollte sich dieser Verantwortung stellen.

Was tun?

- *Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand organisieren*
- *Einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen aufstellen*
- *Umfassende und barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle Menschen bereitstellen*
- *Für die Versicherten kostenfreie Präventions –und Rehabilitationsangebote*
- *Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen einsetzen*

Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung

Nordrhein-Westfalen hat mit 352 Krankenhäusern die meisten in Deutschland und sie gehören bundesweit zu denen, die am schlechtesten durch die Landesregierung finanziert werden. Nach

Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft liegt der Investitionsstau der Krankenhäuser in NRW bei rund 15 Milliarden Euro. Und ca. ein Drittel der Krankenhäuser macht Verluste. Dies weist auf eine bereits Jahrzehnte lange Unterfinanzierung hin - zu Lasten der Patient*innen ebenso wie der Beschäftigten. Um weiterhin die notwendigen Investitionen zu finanzieren handelt man nach dem Motto: Baustellen werden durch Personalstellen finanziert. Von den insgesamt 264.000 Beschäftigten in den Kliniken in NRW ist dabei insbesondere die Pflege durch Personalabbau, Arbeitsstress und Arbeitsverdichtung betroffen. Ausgliederung von Personal aus den Krankenhaus-Unternehmen in sogenannte Servicegesellschaften, trifft vor allem die Bereiche außerhalb der ärztlichen und pflegerischen Versorgung. Beabsichtigt ist damit in erster Linie Tarifflicht, um so die Kosten zu senken. Ebenfalls hat die prekäre finanzielle Situation Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung. Patienten, die mit ihren Betten auf dem Gang liegen müssen sind dabei noch die harmloseren Folgen dieser Entwicklung. Eine wachsende Zahl von Hygienemängeln und ein eklatanter Anstieg krankenhausbewingter Infektionen enden häufig insbesondere für ältere Menschen tödlich.

War es bis 2007 noch so, dass im Landesparlament darüber entschieden wurde, wie viel Geld welches Krankenhaus, für welche Investition bekam, schaffte die CDU und FDP Landesregierung die bedarfsorientierte Finanzierung einzelner Förderanträge ab. Mit der Einführung einer kompletten Pauschalfinanzierung sollten alle Krankenhäuser etwas für ihre Investitionen erhalten. Hinzu kam noch, dass die Kommunen und Kreis mit einer Erhöhung ihres Anteils an der Krankenhausförderung von 20% auf 40 % erheblich stärker belastet wurden. Im Parlament wird jetzt nur über die Höhe der gesamten Fördersummen für alle Krankenhäuser entschieden aber nicht mehr darüber, wie sie verteilt und wofür sie ausgegeben werde soll. Damit hat sich das Landesparlament in der Krankenhausplanung und -finanzierung selbst entmachtet. Die schwarz-gelbe Regierung wollte so Verteilungsgerechtigkeit herstellen, da zuvor längst nicht alle Förderanträge bewilligt wurden. Jetzt ist es zwar so, dass alle etwas erhalten, ob sie einen Förderbedarf haben oder nicht, aber auf jeden Fall ist es für alle erforderlichen Investitionen deutlich zu wenig. So stehen seit dem für alle Krankenhäuser in NRW nur ca. 500 Millionen Euro zur Verfügung. Die Krankenhausgesellschaft-NRW geht hingegen von einem jährlichen Bedarf von mindestens 1,3 Milliarden Euro für dringend erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie für die sachliche Ausstattung der Krankenhäuser in NRW aus.

SPD und Grüne versäumen es seitdem, daran etwas zu ändern. Seit Jahren vernachlässigt das Land seine Pflicht zur Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser – Wir brauchen für NRW dringend eine solide und demokratisch legitimierte Krankenhausplanung, die wieder in vollem Umfang im Parlament entschieden wird und sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert. Deshalb sollten Kommunen, Beschäftigte und Patientenvertretungen daran beteiligt werden. Kommunale Krankenhäuser wollen wir auch dann erhalten, wenn sie sich vermeintlich nicht rechnen. Denn die Menschen brauchen eine gute, zuverlässige wohnortnahe Versorgung.

DIE LINKE. fordert ein gesetzliches Personalbemessungsgesetz, um den Personalnotstand zu bekämpfen und die notwendigen mehr als 40.000 fehlenden Pflegekräfte in NRW einzustellen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für die vielen Patientinnen und Patienten benötigt werden. In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand - es fehlen mehr als 150.000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen.“

Was tun?

- *Krankenhausplanung durch den Landtag, orientiert an Bedarf und Wohnortnähe*
- *Ausreichende Vorhaltekapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle*
- *schärfere Auflagen beim Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt*

- *Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern*
- *Krankenhausfinanzierung des Landes auf mindestens 1,3 Mrd. € jährlich erhöhen*
- *Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung statt Baupauschalen*
- *Rückführung des Anteils der Kommunen für die Krankenhausfinanzierung auf 20%*
- *Anwendung des gültigen Tarifvertrages für alle in einem Krankenhaus Tätigen*
- *Verbindliche gesetzliche Regelungen für ausreichend Personal im Krankenhaus*
- *Erhalt kommunaler und frei-gemeinnütziger Krankenhäuser statt weiterer profitorientierten privater Klinikketten*
- *Rückführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand*
- *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor) zurück in die öffentlichen Kliniken*

Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen

Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern.

Dazu können Modelle aus anderen Bundesländern genutzt werden wie beispielsweise das Docmobil, bei dem Ärzte in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche machen (VERAH). Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) kann durch Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen

Was tun?

- *Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen*
- *Bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen*
- *Hausarztunterstützung*
- *Einsatz von speziell geschulten Fachkräften*
- *Barrierefreie Shuttle-Services zu Arztpraxen*
- *Wohnortnahe Apothekenversorgung*

Selbstorganisation und Patient*innenrechte stärken

Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein. Auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient*innen müssen weiter gestärkt werden. Wir wenden uns gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z.B. im Bereich HIV/AIDS) und wollen eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

Was tun?

- *Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie der Krebs- und der AIDS-Hilfen*
- *Unabhängige Beratungsstellen für Frauen, Migrant*innen und LGBTTI*
- *Finanzielle und strukturelle Stärkung der Selbsthilfe im Gesundheitswesen*
- *Demokratische und finanzielle Stärkung des Landespatientenbeauftragten*
- *Aufbau und gute Ausstattung einer unabhängigen Patient*innenberatung in NRW*

Psychische Erkrankungen besser behandeln

Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten – bedingt oder mit bedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. In NRW fehlen hierfür vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfen.

Die Einführung von Fallpauschalen in psychiatrischen Kliniken und psychiatrischen Abteilungen von Krankenhäusern geht in eine völlig falsche Richtung. Sie würde die Psychiatrien und damit einen wichtigen Teil des therapeutischen Angebots drastisch schlechter machen. Durch breiten Widerstand aller beteiligten Berufs- und Selbsthilfegruppen konnte die Einführung des PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) vorerst verhindert werden.

Wir wollen die Psychiatrien hingegen im Sinne der Patient*innen weiter verbessern. Ein gutes ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie z. B. Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die Erkrankten. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der Patient*innen oft nicht berücksichtigen.

Was tun?

- *Bessere psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur*
- *Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene*
- *Die Aufhebung des Sonderplanungsbereichs Ruhrgebiet (Benachteiligung)*
- *Eine Neuordnung der psychotherapeutischen Versorgungsbezirke*
- *Erhalt und Ausbau ambulanter Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter, möglichst in öffentlicher Trägerschaft*

Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastigung und stärkeren Umweltgiften. Folgen sind beispielsweise Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen, psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten ("Schulkrankenschwestern") besser entlasten.

Was tun?

- *Breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung*
- *Landesfinanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen.*
- *In Kitas und Schulen werden Lebensmittel aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalen Anbau angeboten. Dies gilt auch für andere öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's).*
- *In allen öffentlichen Einrichtungen soll täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Menü angeboten werden.*
- *Mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention*
- *Flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Kinder und Jugendliche*
- *Strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe*
- *Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte chronisch kranke Kita- und Schulkinder unterstützen und Präventionsangebote machen.*

Pflege ist wertvoll. Sie muss entsprechend finanziert werden

Pflege ist als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige Pflege gewährleistet. Das bisherige Teilkasko-Prinzip in der Pflegeversicherung bedeutet überwiegend körperbezogene „Pflege“ im Akkord. Persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu wehren. Es gibt lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne finanzielle Nöte entscheiden können, ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden. Wir wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung für pflegende Angehörige.

Was tun?

- *Keine Unterstützung für die Einführung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte*
- *Bundesratsinitiative aus NRW: Umfassende Pflegefinanzierung sichern*
- *Weiterer Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf*
- *Mehr Mitsprache der Betroffenen über ihre Unterkunft und Verpflegung*
- *Mehr Pflegekräfte ausbilden und einstellen*
- *Bessere Arbeitsbedingungen durch Verordnung über bessere Bezahlung und Fachkraftquoten*
- *Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung sowie gesetzlich geregelte, ausreichende Personalbemessung*
- *Verbesserung der Ausbildungsbedingungen: Auszubildende in Pflegeberufen müssen freigestellt und dürfen nicht auf Stellenpläne angerechnet werden*

Auch am Lebensende gut versorgt und aufgehoben

Viele Menschen sorgen sich, dass sie am Lebensende oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen eine Last sind. Dabei steht fest: Palliativmedizin und gute pflegerische Versorgung am Lebensende können Vielen auch diese letzte Zeit noch lebenswert machen. Hier stehen Lebenszufriedenheit und Leidensminderung im Mittelpunkt. In NRW hat sich in den letzten Jahren eine immer bessere Versorgung mit Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt. Diese wollen wir weiter fördern und ausbauen. Die Betroffenen und ihre Angehörigen wollen wir besser über die vorhandenen Möglichkeiten informieren.

Was tun?

- *Hospize und ambulante palliative Versorgung flächendeckend ausbauen*
- *Förderung der Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender*

5. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.“

- Landesverfassung NRW, Artikel 6

Der wachsenden Kinderarmut den Nährboden entziehen

Die Kinderarmut in NRW nimmt zu. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes fünfte Kind in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets ist es sogar jedes dritte. Betroffen sind zunehmend Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Kinder mit Migrationshintergrund sind häufiger, geflüchtete Kinder fast immer von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Zu 47 % von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder.

Was tun?

- *Auf Bundesebene die Hartz-IV-Regelsätze auch für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben, um das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) überflüssig zu machen.*
- *Kindergeld auf 300 Euro erhöhen, keine Anrechnung auf Hartz IV*
- *Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im Hartz-IV-Bezug*

Familienfreundliche Arbeit für Eltern und gute Ganztagsbildung für Kinder

Nicht nur Kinder leiden unter Armut, sondern die gesamte Familie. Für uns haben alle Menschen das Recht auf ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft. Kindern zu helfen, bedeutet in erster Linie, dass der ganzen Familie geholfen wird.

Damit es Familien besser geht, brauchen beide Eltern sichere Einkommen und die Kinder bessere Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote in guten Kitas und Ganztagschulen. Bislang haben es vor allem Mütter schwer auf dem Arbeitsmarkt. In NRW ist nur gut die Hälfte der Frauen berufstätig, darunter die meisten in Teilzeit oder Minijobs. In der Mehrheit der Familien muss der Vater zu lang arbeiten, während die Mutter mit wenigen Stunden das Familieneinkommen ergänzt. Fällt das Haupteinkommen durch Arbeitsplatzverlust weg, ist die Familie schnell von Armut bedroht.

Was tun?

- *Unterstützung der Erwerbsarbeit von Eltern mit einer Arbeitsplatzoffensive*
- *Kürzere Vollzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen*
- *Dauerhaftes Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Mütter, Väter und vor allem Alleinerziehende*
- *Teilzeitausbildungsplätze mit Kinderbetreuung*
- *Ausreichende kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen*

Landesweites Vor-Ort-Programm gegen Kinderarmut

Ein Skandal ist die regional hohe Konzentration von (Kinder-)Armut, die sich v.a. in (Groß-)Städten im Ruhrgebiet und im Rheinland zeigt. Aber auch die Großstädte selbst spalten sich immer stärker in wohlhabende und abgehängte Stadtteile auf, in denen die Risiken des Aufwachsens für Kinder hoch sind. Die Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlichen und Familien dort wirksam zu bekämpfen, ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und: Armut bekämpft man tatsächlich am besten mit Geld. In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen aber Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Landesregierung propagiert zwar prestigeträchtig „Kein Kind zurücklassen“, richtet dafür aber nur in wenigen Kommunen eine Koordinationsstelle für Prävention ein. Kinderarmut wie Rot-Grün nur mit Prävention, aber ohne Intervention zu bekämpfen, ist unwirksam.

Wir schlagen ein landesweites Konzept vor, um Kinder und Familien besonders in benachteiligten Stadtteilen direkt vor Ort zu unterstützen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist, die Städte und Gemeinden finanziell so zu unterstützen, dass die marode Infrastruktur wieder aufgebaut werden kann. Für kaputte Spielplätze, Jugendzentren und Sportplätze, Büchereien und Schwimmbäder muss wieder Geld in die Hand genommen werden.

Bei der Neugestaltung von Freizeitangeboten sollen Kinder und Jugendliche in die Planung und Gestaltung einbezogen werden.

Was tun?

- *Landesförderung für bestehende und Schaffung neuer selbst verwalteter Kinder- und Jugendtreffs*
- *Betreute Abenteuer- und Naturspielplätzen für jedes Wetter*
- *Förderung der mobilen Spielbetreuung im öffentlichen Raum (Spielmobil)*

- *Freiflächen zur Verfügung stellen, z.B. durch Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen*
- *Beratungsstellen für Familien, Kinder und Jugendliche vor allem in benachteiligten Wohnvierteln*

Kinder- und Jugendhilfe schneller und besser machen

Während die sozialen Probleme vieler Menschen wachsen, stellen Land und Kommunen immer weniger Geld für Hilfen zur Verfügung. Diese Negativspirale wollen wir schnell durchbrechen. Familien mit großen Problemen dürfen nicht vom Jugendamt alleine gelassen werden. Wir brauchen Streetworkerarbeit gegen Jugendgewalt und flächendeckende Sozialarbeit in guten Ganztagschulen, Familien- und Jugendzentren. Bestehende Projekte dürfen nicht länger gekürzt, sondern sollten gefördert und besser ausgestattet werden.

Wir setzen uns für ein Förderprogramm ein, das Projekte und Strukturen der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe langfristig sichert. Vor allem wollen wir die Kommunen so ausstatten, dass die Jugendhilfe vor Ort langfristig finanziell gesichert und verbessert werden kann.

Die Partizipation als Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe wollen wir stärken. Betroffene müssen an allen sie betreffenden Entscheidungen vor Ort und auf Landesebene gehört und beteiligt werden. Dazu sollen auch Schülerräte in Schulen gestärkt, kommunale Kinder- und Jugendräte gefördert und insbesondere niedrigschwellige Projekte wie das "Projekt Mitwirkung" unterstützt werden.

Was tun?

- *Den Kinder- und Jugendförderplan bedarfsorientiert aufstocken*
- *Kommunen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben besser finanzieren*
- *Stärkung der kommunalen Jugendämter als Anwalt der Kinder und Jugendlichen*
- *Stellen der Sozial- und Erziehungsberufe ausbauen und gerecht bezahlen*
- *Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit stärken, befristete Projekte nur für den Anschlag neuer Themen nutzen*
- *Keine Privatisierung, sondern gemeinnützige Träger in der Kinder- und Jugendhilfe*
- *Landesheimrat zur Mitbestimmung in stationären Einrichtungen*
- *Ausbau und Förderung unabhängiger ombudshaftlicher Beratungs- und Beschwerdestellen in der Kinder- und Jugendhilfe*

Ausbau der wohnortnahen Kinder- und Jugendpsychiatrie

Der Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt es wie der Jugendhilfe an allen Ecken und Enden. Auch hier benötigen wir in NRW ein Sofortprogramm, um bedarfsgerechte Kapazitäten zu finanzieren. Wichtig ist die Arbeit nach dem Prinzip: Ambulant vor Teilstationär vor Stationär. So kann die Kinder- und Jugendpsychiatrie näher an die Menschen kommen und Familien helfen, Probleme dauerhaft zu lösen. Wir wollen nicht länger zusehen, wie 8-Jährige aus der überfüllten Kinderarztpraxis mit Medikamenten wie Ritalin entlassen werden, damit sie in der Schule besser funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern und Kinder mit Fachleuten Ursachen für Verhaltensprobleme erforschen können und gemeinsam einen therapeutischen Lösungsweg finden.

Was tun?

- *Kinder- und jugendpsychiatrische Angebote wohnortnah ohne langes Warten*
- *Verzahnung der Angebote mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe*
- *Dauerhafte Finanzierung und bedarfsgerechte Personalausstattung*

6. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren

Wer freut sich nicht darüber? Immer mehr Menschen sind nach dem Erwerbsleben immer länger gesund und aktiv. Wirklich darauf eingestellt hat sich unsere Gesellschaft aber noch nicht. Denn ältere Menschen haben eigene Bedürfnisse und wollen selbst über ihr Leben entscheiden. Großeltern sind nicht der Ersatz für fehlende Kitaplätze. Einen 450-Euro-Job machen zu müssen, weil die Rente nicht zum Leben reicht, hat mit Selbstbestimmung so wenig zu tun wie Flaschensammeln mit Freizeitsport. Und ältere Menschen wollen auch dann mobil unterwegs sein können, wenn sie die 100 Meter nicht mehr unter 10 Sekunden laufen. Sie brauchen eine Infrastruktur ohne Barrieren. Auch beim Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse der Älteren stärker als bisher berücksichtigt werden.

Und auch, wenn das Ende des Lebens da ist, wollen sie selbst entscheiden können, wo und wie sie sterben. Im Umgang mit alten Menschen, gehen Würde und Respekt in der kapitalistischen Welt des Profits schnell verloren. In der LINKEN arbeiten Junge und Alte gemeinsam daran, dass die Senior*innen in unserem Land selbstbestimmt und sozial gut abgesichert das Leben genießen können.

Was tun?

- *Wohnungsbauprogramme, die auf ältere Menschen abgestimmt sind*
- *Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen*
- *Fußwege barrierefrei und Radwege auch für unsichere Fahrer*innen gestalten*
- *Haltestellen barrierefrei mit Dächern und Sitzgelegenheiten (um-)bauen*

Besonders wichtig ist es uns, etwas gegen die zunehmende Altersarmut zu unternehmen. Bundesweit liegt nach dem Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2015 die Armutsquote der Rentner*innen mit 15,6 % erstmals in diesem Jahrtausend wieder über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Und in NRW sind heute etwa 148.000 Menschen auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

Für sichere Jobs bis zum Rentenalter

Der beste Schutz vor Altersarmut ist eine gute und gut bezahlte Arbeit bis zum wohlverdienten Ruhestand. Doch die Realität sieht für immer mehr Menschen anders aus. Dass 50 % der Betriebe keine Arbeitnehmer*innen über 50 beschäftigen und dass von den Erwerbsfähigen über 55 nur 40 % einen Arbeitsplatz haben, ist beschämend. Über altersgerechte Arbeit sind vor Jahren viele schöne Worte gemacht worden, denen jedoch keine nennenswerten Taten folgten.

So gelten Erwerbslose von 55 Jahren, die noch mehr als 10 Jahre oder mehr bis zur Rente haben, bei der Bundesagentur für Arbeit bereits als faktisch nicht mehr vermittelbar. Daran wollen wir dringend etwas ändern.

In den Betrieben versuchen die Gewerkschaften, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge durchzusetzen, die älteren Beschäftigten den Zugang zu innerbetrieblicher Qualifizierung sichern, Arbeitsbedingungen so gestalten, dass sie länger am Arbeitsplatz gesund bleiben und es mit Altersteilzeit bis zur Rente schaffen können. Solche Regelungen verdienen die Unterstützung der Landesregierung.

Was tun?

- *Kostenlose Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen ab 50*
- *Förderung der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Beschäftigten*
- *Ältere Erwerbslose bei Einstellungen im öffentlichen Dienst berücksichtigen*

Die Rente muss zum Leben reichen

Über die Grundlagen der Rentenpolitik wird im Bund entschieden. Doch Altersarmut und die Sorge, dass die Rente nicht zum Leben reichen wird, nehmen besonders in NRW zu. Besonders betroffen sind neben Erwerbslosen Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter*innen und Beschäftigte mit niedrigem Einkommen. Am häufigsten ist das der Fall bei Alleinerziehenden, Migrant*innen und Frauen.

Doch auch die NRW-Landesregierung steht in der Verantwortung. Sie muss durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort die Ursachen zukünftiger Niedrigrenten bekämpfen und sich mit Initiativen im Bund für die Interessen der heutigen NRW Rentner*innen einsetzen. Der Druck auf die Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik muss erhöht werden.

CDU, SPD, FDP und Grüne sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass gleich mehrere Faktoren nun zur Altersarmut führen: Sie haben 2000 das Rentenniveau von damals 53 % abgesenkt, die Rente erst ab 67 eingeführt und mit Niedriglohnpolitik für zu geringe Einzahlungen gesorgt. Die AFD würde den neoliberalen Kurs, welcher diese Probleme geschaffen hat weiter verfolgen und sogar verschärfen. Und der gesetzliche Mindestlohn, den die große Koalition nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaften und der LINKEN eingeführt haben, ist für eine armutsfeste Rente viel zu niedrig.

Wir setzen uns ein für eine Umverteilung der Arbeit vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das betrifft nicht nur die Wochenstunden, sondern auch die Lebensarbeitszeit. Perspektivisch streben wir die 30-Stunden-Woche und die Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren an. Kurzfristig ist die Rücknahme der Rente erst ab 67 und mindestens die Rückkehr zum Renteneintritt abschlagsfrei mit 65 Jahren wichtig.

Gerade für NRW ist die damit entstandene soziale Schiefelage eine so große Belastung, dass wir dringend für Kurskorrekturen sorgen müssen.

Was tun?

- *Die gesetzliche Rente muss wieder ab 65 Jahren den Lebensstandard sichern*
- *Die Rente erst ab 67 Jahren abschaffen*
- *Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen und die Zurechnungszeit auf 65 Jahre verlängern*
- *Als Ziel die abschlagsfreie Rente ab 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren ansteuern*
- *Rücknahme der Rentenkürzung und Rückkehr zu 53 % Rentenniveau*
- *Einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro netto als Zuschlag aus Steuermitteln einführen*

Eine sichere Rente ohne Armutsrisiko ist bezahlbar. Dafür dürften Menschen mit sehr hohen Einkommen von der Versicherung nicht länger ausgenommen werden und Beamt*innen und Selbstständige nicht länger außen vor bleiben. Arbeitgeber*innen müssten wieder die Hälfte der Beiträge zur Alterssicherung zahlen und die steuerliche Förderung der Riester-Rente abgeschafft werden muss.

Die Fachleute sind sich mit uns einig. Eine solide Rentenversicherung benötigt keine Riester-Rente, dafür aber Beiträge auf alle Erwerbseinkommen.

Was tun?

- *Alle Erwerbstätigen, auch Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Beamt*innen, Selbständige und Freiberufler*innen müssen einzahlen*
- *Perspektivisch keine Obergrenze mehr bei der Heranziehung von Einkommen*
- *Arbeitgeber*innen zahlen wieder die Hälfte der Beiträge der Alterssicherung*
- *Keine Steuerförderung der Riester-Rente mehr*
- *Freiwillige Umwandlung der Riester-Ansprüche auf eine höhere gesetzliche Rente*
- *Rentenbeiträge auf 21 % anheben**

Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zurzeit 3022 Euro müssten im Monat - wie die Arbeitgeber*innen auch - 33 Euro mehr an Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Im Gegenzug fielen für die Beschäftigten die 108 Euro Riester-Rentenbeitrag weg, die ohne steuerliche Zulagen den für Riester-Renten geforderten 4 % vom Bruttoeinkommen entsprechen. Durchschnittlich verdienende Beschäftigte hätten also durch die Stärkung der gesetzlichen

Rentenversicherung derzeit 75 Euro netto mehr in der Tasche. Die Rente einer heutigen Standardrentner*in würde sich um knapp 130 Euro netto erhöhen! Das heißt: Beschäftigte und Rentner*innen würden gewinnen, die Arbeitgeber*innen würden wieder die Hälfte der Kosten der Alterssicherung tragen und die Versicherungen müssten auf die Gewinne aus den Riesterverträgen verzichten. Umverteilung zu Gunsten von Jungen, Mittelalten und Alten – das ist stark!